

# Stellungnahme der OMV zur Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2023

OMV Aktiengesellschaft

**OMV bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf der Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2023 und nimmt Stellung wie folgt:**

## **Grundsätzliche Anmerkungen zur Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2023**

Zur Etablierung eines funktionierenden Marktes für erneuerbare Gase in Österreich benötigt es klare und mit den EU-Vorgaben im Einklang stehende regulatorische Rahmenbedingungen.

Wir begrüßen daher die Initiative der E-Control, im Rahmen der Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle die Ausgestaltung der Ausstellung der Herkunftsnachweise für Biogas sowie die grenzüberschreitende Übertragung dieser Herkunftsnachweise über den „AIB Hub“ festzulegen.

Für die praktikable Umsetzung bedarf es unserer Auffassung jedoch noch einiger Klarstellungen, die wir hier ausführen und um deren Beachtung wir höflich ersuchen.

## **Detaillierte Anmerkungen zur Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2023**

### **Allgemein zu „Umwandlung und Speicherung“**

- Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass Gas-Speicherung nicht mit Strom-Speicherung vergleichbar ist und ersuchen, die Besonderheiten der Gas-Speicherung in die Novelle mit aufzunehmen.
- Bei Einspeicherung von Gas entsteht für den Speicherkunden automatisch das Recht, die gesamte Menge auch wieder dem Speicher zu entnehmen. Es ist hier mit keinen Umwandlungsverlusten zu rechnen. Es handelt sich eben nicht um die Umwandlung von Energieträgern (Gas zu Strom und umgekehrt).
- Wir ersuchen, von der Übertragung von Herkunftsnachweisen an den Speicherbetreiber abzusehen. Neben einem hohen Administrationsaufwand behindert diese Regelung unserer Ansicht nach auch einen separaten Handel von Gas und Herkunftsnachweisen.
- Wir ersuchen weiters, die Laufzeit der Herkunftsnachweise zu überdenken und an die Gegebenheiten der Gas-Speicherung anzupassen: Gas wird saisonal gespeichert. Möchte man der politischen Vorgabe, auch erneuerbare Gase für die Wintersaison einzuspeichern Rechnung tragen, so muss auch die Laufzeit der Herkunftsnachweise verlängert werden!

### **§ 4 Abs. 4 „Ausnahmen von der Verpflichtung zur Gaskennzeichnung“**

- Wir begrüßen, dass *„Gasmengen, die an Kraft- und Heizwerke zur Umwandlung in Strom und Wärme geliefert werden, von der Verpflichtung zur Gaskennzeichnung ausgenommen sind.“*

- Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Behörde oder der Versorger den genauen Einsatzzweck der gelieferten Mengen überhaupt kennen bzw. ermitteln oder prognostizieren kann?
- Speziell bei Großabnehmern mit unterschiedlichen Verwertungen nach dem Zählpunkt wie z.B.: Raffinerie, Stadtwerke etc. sehen wir operative Schwierigkeiten, da der Abnehmer dem Versorger mitteilen müsste, welche Mengen wie umgewandelt wurden. Daraus resultiert ein hoher administrativer Aufwand für den Versorger.

#### Ad § 4a Abs 1

- „Für jene Gasmengen, die für Umwandlung von Gas, Wasserstoff oder synthetisches Gas in Strom eingesetzt werden, sind durch den Händler (Versorger) an den Betreiber einer Umwandlungsanlage Herkunftsnachweise zu transferieren.“
- Uns ist nicht klar ersichtlich, welche Herkunftsnachweise hier gemeint sein könnten und ersuchen daher höflich um nähere Definition.

#### Ad § 4a Abs 4

- Ganz grundsätzlich ist der Sinn dieser Regelung für uns nicht klar ersichtlich, da der Werterhalt über ein Kalenderjahr ausgeschlossen scheint (2. § 7 Abs. 2 werden folgende Abs. 3 und 4 angefügt: „(3) Das Speichern von Gas verändert die Gültigkeitsdauer eines dahinterliegenden Herkunftsnachweises nicht.“)
  - Herkunftsnachweise haben ohnehin eine Bilanzierungsperiode von einem Kalenderjahr (Jahr der Produktion) und werden in der Herkunftsnachweisdatenbank „gespeichert“.
  - Das Gasmarktmodell wiederum sieht keine separate Kontoführung für unterschiedliche Art der Gase vor (im Gegensatz zu Deutschland, wo es einen separaten Biogasbilanzkreis gibt.).
  - Somit ist bei der Nominierung von Gasflüssen keine Information bezüglich der Art der Gase anzugeben.
- Sollte es die Intention sein, den zeitlichen Transfers von Herkunftsnachweise via z.B.: Gasspeicher ins nächste Kalenderjahr zu regeln, so begrüßen wir dieses.
- Wir würden auch gerne anmerken, dass es sich bei Gasspeicherung um keinen Eigentumsübergang des eingespeicherten Gases an das Speicherunternehmen handelt.
- Wie bereits ausgeführt, ersuchen wir, von einer Übertragung an den Speicherbetreiber abzusehen.
- Wir weisen erneut darauf hin, dass Regelungen aus dem Strommarkt nicht auf die Gas-Speicherung anwendbar sind:
  - Keine Wirkungsgradverluste, da einspeichernde Unternehmen die gleiche Energiemenge bei Gas-Entnahme aus dem Speicher erhalten.

- Es kommt überdies sehr häufig zu sogenannten Nettingeffekten (kein physikalischer Fluss aufgrund gleichzeitiger Nominierung der Ein- und Ausspeicherung).

## „Internationaler Handel von Gasnachweisen und Anerkennung für die Gaskennzeichnung“

### Ad §7a.

- Wie wir auf dem Markt beobachten können, gibt es neben den im Art 19 RED II definierten Herkunftsnachweisen, welche die Aufgabe des Nachweises des Anteils oder der Menge erneuerbarer Energie im Energiemix gegenüber Endkunden haben („Labeling“), in Europa auch weitere, per Gesetz vorgeschriebene bzw. auch aus privater Initiative gegründete Nachweissysteme für erneuerbare Gase.
- In einigen Mitgliedstaaten der EU fehlen immer noch gesetzliche Herkunftsnachweisregister gem. RED II. Da aus diesem Grund unserer Meinung nach der AIB Hub nicht im vollen Umfang den grenzüberschreitenden „Austausch“ von Herkunftsnachweisen ermöglichen kann, würden wir für eine Übergangsphase eine zusätzliche Transfermöglichkeit der HKN für erneuerbare Gase begrüßen.

### Ad §7b.

- Wir möchten anmerken, dass wir hier strenge Begutachtungsrichtlinien befürworten würden, um eine Doppelmeldung von Zertifikaten in unterschiedlichen Registern zu vermeiden. Hier sollten die bestehenden Begutachtungsrichtlinien nicht aufgeweicht werden.

### § 7 Abs 4:

- Wir bitten um klare Regelungen zu den *„Nachweisen oder Zertifikaten aus anderen inländischen Datenbanken“*, da Wechselwirkungen bzw. Übergangsbestimmungen zwischen diesen und der Herkunftsnachweisdatenbank der E-Control auf den ersten Blick nicht ersichtlich sind.